

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	20.01.2009	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Haushaltsplan 2009ff für die Produktgruppen 11.01.09 - Finanzmanagement und Rechnungswesen - , 11.01.61 - Finanz- und Personalausschuss - und 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft sowie Stellenplan 2009 für das Amt für Finanzen und Beteiligungen

Beschlussvorschlag:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.09 – Finanzmanagement und Rechnungswesen –, 11.01.61 – Finanz- und Personalausschuss – und 11.16.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft - wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe 11.01.09 – Finanzmanagement und Rechnungswesen – (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 301.942 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 7.076.271 € und Finanzerträgen in Höhe von 101.576 € und Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen in Höhe von 20.000 €), der Produktgruppe 11.01.61 – Finanz- und Personalausschuss - – (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,00 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 35.438 €) und der Produktgruppe 11.16.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft – (im Jahre 2009 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 513.688.787 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 110.746.123 € und Finanzerträgen in Höhe von 6.377.861 € und Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 14.033.229 €) wird unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zur Veränderungsliste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes (Drucksache 6335, Produktgruppe 11.16.01) und der Anpassung des Ansatzes für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Produktgruppe 11.16.01) zugestimmt.

3. Dem **Teilfinanzplan A** der

Produktgruppe 11.01.09 – Finanzmanagement und Rechnungswesen – (im Jahr 2009 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,00 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 1.000 €) wird zugestimmt.

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.09 – Finanzmanagement und Rechnungswesen – und 11.16.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft – für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt.

5. Den **allgemeinen Bewirtschaftungsregeln** für den Haushaltsplan 2009 wird zugestimmt. (Haushaltsplan Band I Seiten 22 - 25).

6. Dem **Stellenplan 2009** für das Amt für Finanzen und Beteiligungen wird zugestimmt.

Begründung:

A. Haushalt

Ab dem Haushaltsjahr 2009 wird der produktorientierte Haushalt der Stadt Bielefeld auf der Basis eines doppischen Rechnungswesens nach den Regelungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) erstellt.

Als Grundlage für diesen ersten Bielefelder NKF-Haushalt wurden in einem dezentralen Verfahren bis zum Ende des Jahres 2007 verwaltungsweit im Rahmen des sog. NKF-Roll-out Produktgruppen gebildet sowie die dazugehörigen Ziele und Kennzahlen benannt. Darüber hinaus wurden Kostenstellen, Kostenträger und deren Verrechnungen für alle Organisationseinheiten als Basis für diesen NKF-Haushalt aufgebaut.

Nach Vorstellung und Diskussion der Roll-out-Ergebnisse in den zuständigen politischen Gremien sind im Rahmen der Aufstellung des NKF- Haushaltsplanes die Planwerte von den Fachämtern ermittelt und dann zentral vom Amt für Finanzen und Beteiligungen im SAP-System erfasst worden.

Vorbehaltlich der Festlegungen in den allgemeinen und speziellen Bewirtschaftungsregeln dürfen die in den einzelnen Aufwandspositionen der Produktgruppen-Teilergebnispläne enthaltenen Ermächtigungen in Anspruch genommen werden. Gleiches gilt für die in den einzelnen Auszahlungspositionen der Produktgruppen-Teilfinanzpläne A und B enthaltenen Ermächtigungen für Investitionen sowie für das Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen.

Erläuterungen zur Produktgruppe 11.01.09 – Finanzmanagement und Rechnungswesen – (Haushaltsplan Band II Seiten 65 - 73) :

Erläuterungen zum Teilergebnisplan :

Auf der Ertragsseite ergeben sich im Vergleich zu 2008 insgesamt keine wesentlichen Veränderungen. Einzige Ausnahme stellt die nur noch reduziert verrechnete Managementproduktpauschale (früher: Steuerungsumlage) dar.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen):

Im Laufe des Jahres 2008 wurde die Abteilung Geschäftsbuchhaltung eingerichtet. Hieraus resultiert im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008 eine Aufwandssteigerung in Höhe von rd. 255.000 € (u.a. Geschäftsausgaben, Mieten IBB, ISB).

Zeile 27 und 28 (Interne Leistungsbeziehungen):

Zusätzlich zu den Ausweisungen des Ergebnisplans werden in den Teilergebnisplänen die Erträge (Zeile 27) und Aufwendungen (Zeile 28) aus internen Leistungsbeziehungen zwischen den Produktgruppen dargestellt, so z. B. die Leistungen des Druckservice des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen. Diese Erträge und Aufwendungen werden bei dem entsprechenden Produkt des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen als Ertrag aus internen Leistungsbeziehungen und bei der empfangenden Organisationseinheit bei dem entsprechenden Produkt als Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen abgebildet.

In der Gesamtschau über den Haushalt heben sich die Verrechnungen aus internen Leistungsbeziehungen insgesamt auf, im (Gesamt-) Ergebnisplan sind sie deshalb nicht darzustellen.

Erläuterungen zur Produktgruppe 11.01.61 – Finanz- und Personalausschuss – (Haushaltsplan Band II Seiten 171 - 175) :

Im Teilergebnisplan werden die Personal- und Sachkosten, die durch Wahrnehmung der Geschäftsführung anfallen, abgebildet. Im Vergleich zu 2008 haben sich keine Veränderungen ergeben.

Erläuterungen zur Produktgruppe 11.16.01 – Finanzmanagement und Rechnungswesen – (Haushaltsplan Band II Seiten 1199 - 1204) :

Erläuterungen zum Teilergebnisplan:

Zeile 1 (Steuern und ähnliche Abgaben):

Grundsteuer B (in Mio. €)

Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
48,7	49,5	50,2	50,9

An Erträgen aus der Grundsteuer B ist für das Jahr 2009 ein Ansatz von 48,7 Mio. € eingeplant. Das Rechnungsergebnis 2007 belief sich auf 48,1 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2008 wurde ein Ansatz in Höhe von 48,6 Mio. € gebildet. Die Ansätze für den Planungszeitraum 2009 – 2012 wurden auf Grundlage des für 2008 zu erwartenden Rechnungsergebnisses in Höhe von rd. 48,0 Mio. € errechnet, indem eine jährliche Steigerung in Höhe von 1,5 % entsprechend der Orientierungsdaten 2008 – 2011 berücksichtigt wurde.

Der Hebesatz von 440 v. H. bleibt auch für das Haushaltsjahr 2009 unverändert.

Gewerbesteuer (in Mio. €)

Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
202,0	201,0	201,5	224,0

Für das Jahr 2009 wurden Gewerbesteuererträge in Höhe von 202,0 Mio. € geplant. Das Rechnungsergebnis 2007 belief sich auf 208,5 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2008 wurde ein Ansatz in Höhe von 193,7 Mio. € gebildet. Die Ansätze für den Planungszeitraum 2009 – 2012 wurden auf Grundlage des für 2008 zu erwartenden Rechnungsergebnisses von rd. 220,0 Mio. € errechnet. Unter Berücksichtigung der erwartet rückläufigen Gewerbesteuernachzahlungen in den Jahren 2009 bis 2011 (2012 werden wieder leicht steigende Gewerbesteuernachzahlungen angenommen) wurden auf die Gewerbesteuvorauszahlungen die Steigerungsraten entsprechend der Steuerschätzung aus Mai 2008 angewendet.

Der Hebesatz von 435 v. H. bleibt auch für das Haushaltsjahr 2009 unverändert.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (in Mio. €)

Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
112,75	119,65	127,35	134,75

Die Ansätze für den Planungszeitraum 2009 – 2012 wurden auf Grundlage des für 2008 zu erwartenden Rechnungsergebnisses in Höhe von rd. 111,1 Mio. € gebildet, indem die Steigerungsraten entsprechend der Steuerschätzung aus Mai 2008 angewendet wurden. Bei der Ansatzkalkulation wurde die ab 2009 geänderte Schlüsselzahl berücksichtigt. Das Rechnungsergebnis 2007 für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer belief sich auf 101,5 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2008 wurde ein Ansatz in Höhe von 110,7 Mio. € gebildet.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (in Mio. €)

Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
19,9	20,6	21,1	21,8

Die Ansätze für den Planungszeitraum 2009 – 2012 wurden auf Grundlage des für 2008 zu erwartenden Rechnungsergebnisses in Höhe von rd. 19,4 Mio. € gebildet, indem die Steigerungsraten entsprechend der Steuerschätzung aus Mai 2008 angewendet wurden. Das Rechnungsergebnis 2007 belief sich auf 18,7 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2008 wurde ein Ansatz in Höhe von 19,8 Mio. € gebildet.

Für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer wurde durch Verordnung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 16.12.2008 eine neue Schlüsselzahl festgelegt. Die Schlüsselzahl verringert sich um 2,34 %. Auf dieser Grundlage sind die Ansätze wie folgt zu korrigieren:

2009 = 19,47 Mio. €
 2010 = 20,08 Mio. €
 2011 = 20,65 Mio. €
 2012 = 21,26 Mio. €

Kompensation Familienleistungsausgleich (in Mio. €)

Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
9,6	9,6	9,6	9,6

Das Rechnungsergebnis 2007 belief sich auf 9,2 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2008 wurde ein Ansatz in Höhe von 9,4 Mio. € gebildet. Die Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs wurden für den Planungszeitraum 2009 – 2012 mangels weiterer Erkenntnisse über das verteilbare Gesamtvolumen des Landes in Höhe des für 2008 zu erwartenden Rechnungsergebnisses in Höhe von rd. 9,6 Mio. € fortgeschrieben.

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen):

Schlüsselzuweisungen

Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
102,9	102,9	102,9	102,9

Der bei weitem größte Einzelposten der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind die Schlüsselzuweisungen. Sie werden im jährlich vom Landtag beschlossenen Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) geregelt.

Das Rechnungsergebnis 2007 belief sich auf 124,7 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2008 wurde ein Ansatz in Höhe von 117,8 Mio. € veranschlagt. Der Ansatz für das Jahr 2009 wurde auf Basis der 1. Modellrechnung für den Finanzausgleich (GFG 2009) gebildet. Abweichend von den Vorjahren wurde dieser Betrag für die Jahre 2010 bis 2012 fortgeschrieben. Maßgeblich hierfür war, dass in den letzten Jahren die Steuerkraft der Stadt Bielefeld überproportional im landesweiten Vergleich gestiegen ist und daher im Haushaltsplanentwurf zunächst auf die Anwendung der Steigerungsraten lt. Orientierungsdaten verzichtet wurde.

Schulpauschale

In den Planungsjahren 2009 – 2012 ist eine Schulpauschale des Landes in Höhe von jeweils 10,0 Mio. € veranschlagt.

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge):

In dieser Position sind Säumniszuschläge (jährlich 2,0 Mio. €) sowie Zinsen für Gewerbesteuernachzahlungen enthalten.

Zeile 15 (Transferaufwendungen):**Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen**

	Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
Gewerbesteuerumlage	14,9	16,2	16,2	18,0
Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit	16,2	15,7	15,7	17,5
Gesamt	31,1	31,9	31,9	35,5

Landschaftsumlage

Ansatz 2009	Planung 2010	Planung 2011	Planung 2012
68,9	68,9	68,9	68,9

Das Rechnungsergebnis 2007 belief sich auf 61,5 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2008 wurde ein Ansatz in Höhe von 65,3 Mio. € gebildet. Der Ansatz für das Jahr 2009 wurde unter Berücksichtigung des im Haushaltsplanentwurf des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zugrunde gelegten Hebesatzes veranschlagt. Die dort enthaltene Hebesatzsteigerung von 1,5 %-Punkten auf nunmehr 15,8 % gegenüber der bisherigen Finanzplanung des Landschaftsverbandes wurde allerdings nicht in voller Höhe berücksichtigt. Hierfür war maßgeblich, dass zu erwarten ist, dass der letztendlich festgesetzte Hebesatz nach Beteiligung der entsprechenden Gremien beim Landschaftsverband nicht der ursprünglich geplanten Höhe entsprechen wird. Dem Planansatz liegt ein Hebesatz von 15,3 % zugrunde.

Zeile 19 (Finanzerträge):

Die Finanzerträge resultieren im Wesentlichen aus den Gewinnabführungen des UWB und des ISB. Im Jahre 2009 ist eine Gewinnabführung des UWB in Höhe von 5,6 Mio. € veranschlagt. In den Folgejahren erhöht sich die Gewinnabführung des UWB um 1,0 Mio. € und beläuft sich dann auf 6,6 Mio. € jährlich. Ab 2010 wird auch vom ISB wieder eine Gewinnabführung (1,0 Mio. €/jährlich) erwartet. Außerdem sind in dieser Position noch Zinserträge von Sondervermögen enthalten.

Zeile 20 (Zinsen und ähnliche Finanzaufwendungen):

In dieser Aufwandsposition sind neben sonstigen Finanzaufwendungen die Zinsaufwendungen für Kassenkredite veranschlagt.

B. Stellenplan

Gegenüber dem Stand 2008 ergibt sich in 2009 eine Ausweitung des Stellenplanes. Diese resultiert aus der Einrichtung der Abteilung Geschäftsbuchhaltung. Eine entsprechende Veränderungsliste ist als Anlage 1 beigelegt.

Stadtkämmerer

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Löseke

